

Die Axt an der Rente

Unternehmerlobby gegen höheres Niveau der Alterseinkünfte. Erneut Anhebung des Rentenalters und mehr private Vorsorge gefordert

Jana Frielinghaus

Mit armutsfesten Altersbezügen bräche nicht der Sozialismus aus. Das zeigt die Praxis in Ländern wie der Schweiz, wo sämtliche Bürger Pflichtbeiträge zur Rente zahlen müssen. Doch die deutsche Unternehmerlobby ist noch immer weit davon entfernt, sich an banale Erkenntnisse wie die eines Henry Ford zu erinnern: Autos kaufen keine Autos. Sondern es braucht Menschen, die Geld zum Konsumieren haben – auch wenn das Durchschnittsalter steigt.

Derzeit fürchtet die deutsche Wirtschaft wieder einmal Mehrkosten. Die kämen auf sie zu, wenn die vom Deutschen Gewerkschaftsbund und von der SPD erhobene Forderung nach einer Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus bei 50 Prozent des Durchschnittseinkommens in ein Gesetz gegossen würde. Denn dann würden unweigerlich die Rentenbeiträge stärker steigen als bei Fortführung des Status quo. Und die müssen in gleicher Höhe wie die abhängig Beschäftigten die »Arbeitgeber« zahlen.

Am Dienstag äußerte sich sowohl die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wie auch der wirtschaftsnahe Thinktank »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« zum Thema. Ersterer pocht in einem Positionspapier darauf, dass das Rentenniveau – wie nach derzeitiger Gesetzeslage vorgesehen – bis zum Jahr 2030 von derzeit rund 48 auf 43 Prozent des individuellen Durchschnittseinkommens sinkt. Letzterer präsentierte eine Studie, der zufolge eine Fixierung des Niveaus auf dem aktuellen Stand im Jahr 2029 für die Beitragszahler Mehrbelastungen in Höhe von 28 Milliarden Euro verursachen würde. Eine Anhebung auf 50 Prozent würde demnach Zusatzkosten in Höhe von 52 Milliarden Euro verursachen, wie Jochen Pimpertz vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) am Dienstag in Berlin erläuterte. Er hatte im

Auftrag der INSM entsprechende Modellrechnungen vorgenommen.

Pimpertz sprach sich zugleich für eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters aus. Bislang ist festgelegt, dass es bis zum Jahr 2029 schrittweise auf 67 Jahre erhöht wird. Auf die Nennung von Zahlen ließ sich Pimpertz auf *jW*-Nachfrage nicht ein, betonte aber, es müsse eine Kopplung des Renteneintritts an die Lebenserwartung geben. Weiter verlangt das IW eine Ausweitung der Förderung der »kapitalgedeckten Altersvorsorge«, obwohl Pimpertz selbst zugab, dass deren Effizienz sich angesichts der extrem niedrigen Zinssätze in Frage stehe.

Pimpertz kritisierte an den Berechnungen der Bundesregierung zur Entwicklung des Rentenniveaus bis zum Jahr 2030, darin seien die positiven Effekte der »Rente mit 67« nicht berücksichtigt. Durch die längere durchschnittliche Erwerbstätigkeit würden die Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung »deutlich weniger stark sinken« als von der Regierung prognostiziert. Denn der sogenannte Eckrentner werde dann auf 47 Beitragsjahre kommen, die Rente 2029 also nicht bei 44,6, sondern bei 46,6 Prozent liegen. Gegenüber *jW* räumte Pimpertz ein, die Effekte von zunehmend gebrochenen Erwerbsbiographien und Prekarisierung vieler Beschäftigungsverhältnisse könne man jetzt noch nicht abschätzen.

Die INSM wendet sich in einer aktuellen Kampagne auch gegen die bereits verabschiedete Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 für Menschen, die 45 Beitragsjahre nachweisen können. Verhindern will die INSM die sogenannte Lebensleistungsrente, mit der die Renten von Geringverdienern auf etwas mehr als das Niveau der Grundsicherung im Alter angehoben werden könnten.

<http://www.jungewelt.de/2016/05-18/052.php>